

Fröhnerwald e.V.:

Showdown im Gemeinderat Riegelsberg

30.03.2026

Am 30.03.2026 stand erneut der Antrag der LINKEN und der FDP auf der Tagesordnung des Gemeinderates Riegelsberg, den "Fröhner Wald als ausgezeichnetes Naherholungsgebiet zu erhalten". Konkret ging es in dem Antrag darum, ein klares und eindeutiges Statement der Gemeinde gegen den geplanten Bau von Windkraftanlagen im Fröhner Wald abzugeben. Ein nahezu gleichlautender Antrag wurde bereits vor Monaten im Gemeinderat Heusweiler einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Vor der Aussprache und Abstimmung hatte der 1. Vorsitzende des Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V. die Gelegenheit, den Rat und die in großer Zahl anwesenden Bürgerinnen und Bürger noch einmal in allen Details eindringlich zu sensibilisieren, was eine Umwandlung des Fröhner Waldes in ein Windkraftindustrialgebiet für die Natur und die Menschen bedeuten würde.

Was dann folgte, wurde von den vielen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern mit Fassungslosigkeit und Kopfschütteln aufgenommen und kann nur als Kindergarten bezeichnet werden. CDU und SPD ging es nicht mehr um die Sache, sondern nur noch darum, in einem unsäglichen Gerangel den eigenen Antrag durchzusetzen.

Abschließend wurde der Antrag von CDU und SPD einstimmig (unter Abwesenheit der Vertreter von LINKEN und FDP) mit Ergänzung eines Nachtrags der GRÜNEN angenommen; er umfasst im Wesentlichen die folgenden Inhalte:

Der Gemeinderat Riegelsberg spricht sich gegen die Errichtung von Windenergieanlagen in ökologisch wertvollen, gewachsenen Waldgebieten wie z.B. dem Fröhner Wald aus, sofern hierfür erhebliche Rodungen erforderlich sind und nachhaltige Beeinträchtigungen von Flora, Fauna sowie des Landschaftsbildes zu erwarten sind.

Anmerkung des FW e.V.: die Einschränkungen (sofern ...) sind völlig unsinnig und schaffen ohne Not Interpretationsspielräume für Bedingungen, die mit dem Bau von Windkraftanlagen in einem gewachsenen Waldgebiet automatisch erfüllt sind: selbstverständlich müssen für den Bau von Windkraftanlagen in einem intakten Wald erhebliche Rodungen vollzogen werden und selbstverständlich verändern über 250-300 m hohe Windkraftanlagen auf brutalste Art und Weise das Landschaftsbild und beeinträchtigen Flora und Fauna. Bei der Planung der Architektur eines Windkraftindustrialgebietes spielen Kalamitätsflächen überhaupt keine Rolle; daraufhin hatte der 1. Vorsitzende des Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V. eindeutig hingewiesen. CDU und SPD waren allerdings so stur, auf diesen völlig

sinnleeren und die Grundaussage durch Interpretationsspielräume entwertenden Halbsatz unbedingt zu beharren.

Gleichzeitig baut der Rat vor, falls es – trotz der halbherzig ablehnenden Haltung – zu einem Genehmigungsantrag kommen sollte, was durchaus möglich ist. Man betont die Chancen für die Gemeinde in Bezug auf Klimaschutz, regionale Energieversorgung, mögliche Einnahmen, Bürgerbeteiligungen, günstigere Energiepreise und Unabhängigkeit von externen Energiequellen; Aspekte, die in einem weiteren Verfahren transparent darzustellen und angemessen zu berücksichtigen seien. Ebenso fordert man eine frühzeitige, umfassende und transparente Beteiligung in Bezug auf Beeinträchtigungen von Umwelt, Naherholung und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, beim weiteren Ausbau der Windenergie einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Klimaschutz, Naturschutz und den Interessen der betroffenen Kommunen sicherzustellen. Insbesondere sei darauf zu achten, dass die Ausbauziele nicht zu Lasten von Mindestabständen zur Wohnbebauung oder sensiblen Naturräumen erreicht werden.

Anmerkung des FW e.V.: das ein oder andere Thema soweit nicht falsch, aber es verwässert in völlig unnötiger Weise den Sachverhalt der grundsätzlichen Ablehnung der Anlagen im Fröhner Wald. Zudem sind viele diese Punkte essentielle Bestandteile eines Prüfverfahrens seitens des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA). Der Mindestabstand ist zudem durch die Konzentrationszonenplanung bereits festgelegt; hier wäre im Hinblick auf die enorm gestiegene Anlagenhöhe eine Revision dringend notwendig; ein wichtiger Aspekt, auf den der 1. Vorsitzende des Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V. hingewiesen hat und der im Gemeinderatsbeschluss keinerlei Berücksichtigung fand.

Der Nachtrag der GRÜNEN sieht vor, dass das LUA aufgefordert werden soll, bei Eingang einer "Projektanfrage" oder "Projektvoranfrage", ein umfassendes Prüfverfahren zu veranlassen. Die Verwaltung soll zudem prüfen, ob in diesem Fall alternative Flächen im Gemeindegebiet vorhanden sind und die Eigentümer sollten aufgefordert werden, Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Anmerkung des FW e.V.: dieser Nachtrag ist völlig unnötig und zeugt von absoluter Unkenntnis der Zusammenhänge. Das LUA bearbeitet keine "Projektanfragen" oder "Projektvoranfragen", sondern allenfalls Genehmigungsanträge. Dabei ist es die ureigene Aufgabe des LUA, bei Eingang eines Antrags Gutachten zu fordern und diese zu bewerten; dies bedarf keiner zusätzlichen Aufforderung. Alternative Flächen im Bereich der Gemeinde Riegelsberg gibt es nicht und wenn es sie gäbe, kämen sie nach Eingang eines Antrags beim LUA nicht mehr in Betracht, da der Projektierer bereits Verträge geschlossen hat und finanziell in erhebliche Vorleistung getreten ist. Als Projektierer ist die Trianel GmbH, ein

Verbund aus über 50 Stadtwerken im Gespräch; Bürgerbeteiligungen sind in der Grundstruktur dieses Unternehmens nicht vorgesehen.

Abschließend: die Veranstaltung war wieder einmal ein klassisches Beispiel einer "Pseudo-Bürgerbeteiligung" ... Den Fraktionen wurden seitens des Fröhner Wald - für Mensch und Natur e.V. kistenweise Argumente zur Verfügung gestellt, die eigenen Anträge zu hinterfragen. Anstelle dessen wurde von CDU und SPD ein unsägliches Theater aufgeführt, um den eigenen im Vorfeld bereits festgelegten Antrag durchzupetschen. LINKE und FDP waren sogar dazu bereit gewesen, dem mit Punkten der GRÜNEN ergänzten CDU- und SPD-Antrag zuzustimmen, wenn man denn den unnötigen einschränkenden Halbsatz zum Fröhner Wald (sofern ...) gestrichen hätte. Dafür brauchten dann die beiden "großen " Parteien eine Sitzungspause, um diesen versöhnlichen Vorschlag danach stur und trotzig abzulehnen ...

Die Einzigen, denen diese unwürdigen Spielchen offensichtlich aufgefallen sind, waren die außerhalb der Polit-Blase befindlichen anwesenden Bürgerinnen und Bürger und vermutlich auch der Pressevertreter der Saarbrücker Zeitung. Wer Politikverdrossenheit fördern will, verfährt genau in dieser Art und Weise und leistet dem Aufstieg der AfD weiter Vorschub.